„Kölnische Volksztg." mit auffallender Entschiedenheit auf die Seite Japans. Das rheinische Zentrumsblatt behandelt die bekannte erste Note Rußlands über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen als Komödie und wirft dem Petersburger Kabinett vor, durch die Mißachtung des Räumungsvertrages bezüglich der Mandschurei das Völkerrecht mit Füßen getreten zu haben. Eine so erregte Sprache erscheint vom deutschen Standpunkte aus um so zwecklosser, als Japans Forderung betreffs der Mandschurei nicht im Interesse des Völkerrechts, sondern lediglich im japanischen Interesse erhoben worden ist. Mutet es schon seltsam an, daß der „Köln. Volksztg." jeder Gedanke hieran offenbar fernliegt, so ist es noch erstaunlicher, wenn von dem leitenden Zentrumsorgan der russisch-japanische Krieg ausschließlich als im deutschen Interesse liegend angesehen wird. Der Kriegsausbruch stärkt nach der Ansicht der „Köln. Volksztg." unsere internationale Stellung deshalb „ganz erheblich, weil wir dadurch aus dem russisch-französischen Schraubstock herauskommen; jetzt ist Rußlands Arm wenigstens insoweit gelähmt, als es nicht mehr in Europa zuschlagen kann und die nächste Folge wird sein, daß die Franzosen fortan viel bescheidener gegen uns auftreten werden; aber noch mehr: die erste Geige im europäischen Konzert, welche bisher unbestritten in Rußlands Händen lag, wird nunmehr vom Deutschen Reiche gespielt." — Selbstverständlich ist die Lage Deutschlands nach Osten wie nach Westen durch den Kriegsausbruch vorteilhaft beeinflußt. Aber zu einer derartig überschwänglichen Beurteilung unserer augenblicklichen Position ist für uns um so weniger Anlaß, als der Zweibund unseres Wissens zu keiner Zeit Frankreich „unbescheiden" Deutschland gegenüber gemacht hat. Was aber die „erste Geige" im europäischen Konzert anbelangt, so vergißt die „Köln. Volksztg.", daß England nach der Gewalt seines Kolonialbesitzes es ungleich leichter hat, gegenwärtig jenes Instrument zu spielen. — Auch die „deutsche" Sozialdemokratie nimmt mit großer Leidenschaftlichkeit für Japan Partei. „Endlich ist Japan die Galle übergelaufen; mit einem Schlage hat es die Netze, in die Rußland es mit seiner Politik des Hinauszögerns verstricken wollte, zerrissen" — so jubelt die „Sächsische Arbeiterztg.". Der „Vorwärts" aber gibt ausführlich die Gründe an, aus denen das „internationale Proletariat" auf eine schwere Niederlage Rußlands hofft. Nur durch seine Weltpolitik friste der zarische Despotismus seine „fluchwürdige" Existenz; eine Niederlage durch Japan würde das russische Prestige vernichten und Rußlands unheilvollen Einfluß auf die europäische Politik brechen. „Vielleicht auch", fährt der „Vorwärts" fort, „käme dann endlich in Rußland selbst die innere Krise zum Ausbruche, eine Krise, die das Selbstherrschertum und die verlaulte Beamtenhierarchie hinwegfegte." — Mancher wird es bezeichnend finden, daß das sozialdemokratische Zentralorgan Hoffnungen betreffs des Ausbruches einer inneren russischen Krisis in einem Augenblicke bekundet, da Rußland in auswärtige Verwickelungen hineinschreitet. Die Frage, ob ähnliche Hoffnungen für die Errichtung des Zukunftsstaates in Deutschland beim Eintritt kriegerischer Verhältnisse laut werden würden, liegt nahe genug.

* **Erleichterung für politische Gefangene.** Zum Etat des Reichsjustizamtes brachten die Freisinnigen einen Antrag ein, den Reichskanzler zu ersuchen, behufs einheitlicher Regelung für das gesamte Reichsgebiet einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den wegen politischer Vergehen oder Preßvergehen in Untersuchungs- oder Strafhaft befindlichen Personen gestattet werde, sich auch während der Dauer der Haft selbst zu beköstigen und Tageszeitungen zu halten; ferner sollen solche Personen nur mit Arbeiten beschäftigt werden dürfen, die ihrem bisherigen Berufe und Bildungsgrade angemessen sind.

* **Sozialpolitisches.** Mit der Arbeitszeit erwachsener Arbeiterinnen hat sich der Bundesrat in seiner letzten Sitzung beschäftigt. Vor endgültiger Beschlußfassung wurde den Einzelstaaten die Vornahme von Erhebungen anheimgestellt. Darauf hat, wie der „Fränk. Kur." mitteilt, das bayerische Ministerium unterm 27. Januar die Kreisregierungen mit der Vornahme von Erhebungen und der Einholung von Gutachten wirtschaftlicher Korporationen beauftragt.

Als Grundzüge für eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitszeit erwachsener Arbeiterinnen ist hierbei angenommen worden die Herabsetzung der zulässigen täglichen Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und ein Verabend der Sonn- und Festtage auf 9 Stunden. Bei Bewilligung von Ueberarbeit soll die tägliche Arbeitszeit an Wochentagen 12 Stunden und an Sonnabenden bei Arbeitsschluß spätestens um 7½ Uhr 9 Stunden nicht überschreiten. In Fabriken, für die bisher die Grenze der Arbeitszeit mit 65 Stunden wöchentlich angesetzt war, soll künftig die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit 59 Stunden nicht überschreiten.

* **Zum Prozeß Delbrück.** Wie berichtet, wurde Professor Delbrück, der in seinen „Preußischen Jahrbüchern" in einem Artikel „Der Fall Löhning" behauptet hatte, daß von den „Hakatisten" ein Spionage- und Denunziantensystem großgezogen sei, von der Beleidigung der Führer des Deutschen Ostmarken-Vereins in vierter Instanz freigesprochen, — weil das Gericht ihm Verfolgung berechtigter Interessen, nämlich der höheren Staatsbeamten, zusprach. Gegen dieses Urteil ist seitens der Privatkläger Revision eingelegt worden.

* **Der Kaiser** verblieb nach der Teilnahme an dem gestrigen Fest bei dem Offizierkorps des 1. Garde-Regiments z. F. im Potsdamer Stadtschloß und kehrte im Laufe des Nachmittags nach Berlin zurück. Heute Abend nahm der Kaiser an einem Diner beim Staatssekretär Dr. Grafen v. Posadowsky teil. — Prinz und Prinzessin Heinrich haben sich heute Mittag wegen eines leichten Unwohlseins des jüngsten Prinzen nach Kiel begeben und gedenken am Freitag in Berlin wieder einzutreffen.

— In der katholischen Garnisonkirche fand heute vormittag die bischöfliche Konsekration des Feldpropstes der Armee Bollmar statt. Anwesend waren der Erbprinz von Hohenzollern, Vertreter der Militärbehörden und des Kultusministeriums. Die Konsekration vollzog Kardinal-Fürstbischof Kopp, assistiert von den Bischöfen von Paderborn und Culm und der Militärgeistlichkeit. Nach der von den Kardinal-Fürstbischof und dem Bischof Bollmar gemeinsam celebrierten Messe und dem Tedeum, erteilte Bischof Bollmar zum ersten Male den bischöflichen Segen. Die Feier schloß mit einer Ansprache des Bischofs Bollmar und dem Segen des Kardinal-Fürstbischofs Kopp.

— Im preußischen Abgeordnetenhause dürfte man demnächst, um die Etatsarbeiten besser als bisher zu fördern, zu dem Auskunftsmittel der Abendsitzungen greifen. Ob aber selbst damit das Ziel der Fertigstellung des Etats vor den Osterferien erreicht werden wird, ist noch zweifelhaft.

— Der Stabsarzt Dr. Hans Kaelbling von der südwestafrikanischen Schutztruppe, der nach einem fünfjährigen Aufenthalt in den Kolonien vor einigen Wochen mit einem vierwöchentlichen Urlaub nach Berlin kam, hat sich am Montag Abend durch Oeffnen der Halsschlagader das Leben genommen. Ein Grund zu der Tat ist vorläufig nicht zu entdecken.

— Der geplante erste allgemeine deutsche Wohnungskongreß ist nunmehr endgültig auf den 16. bis 19. Oktober d. J. festgesetzt worden. Der Kongreß wird in Frankfurt a. M. (Saalbau) stattfinden. Der Mitgliedsbeitrag für den Kongreß beträgt 6 ℳ.

* **Bremerhaven,** 10. Februar. (Tel.) Der Großherzog und die Großherzogin von Oldenburg sind heute nachmittag mit Gefolge auf dem Lloyddampfer „Königin Luise" nach dem Mittelmeer abgereist.

* **Köln,** 10. Februar. Zum Kölner Aerztestreik wird gemeldet, daß augenscheinlich im Verfolg des Kaisertelegramms erneut höheren Ortes Ermittelungen angestellt sind und Berichte eingefordert wurden. Behördlicherseits wurden die Vorstände aller Krankenkassen auf heute zum Rathaus beschieden, zwecks Durchsicht und Aeußerung zu den seitens der Regierung mit den Kassen abgeschlossenen Verträgen. Sämtliche Vorstände haben indessen soeben beschlossen, der Aufforderung keine Folge zu leisten. Die Kassen halten an ihren kontraktlichen Verpflichtungen fest und betrachten die Regierungsverfügung als nicht geschehen.

* **Rudolstadt,** 9. Februar. Bei der demnächst stattfindenden Landtagsstichwahl zwischen dem Kandidaten des Bundes der Landwirte und dem der national-liberalen Partei soll die sozialdemokratische Partei gesonnen sein, für den ersteren einzutreten. Wie der „Deutschen Tagesztg." berichtet wird, ist „im Wahlkreise selbst von einem solchen Beschlusse nichts bekannt".

f **Halle a. S.,** 9. Februar. Im Vereine der Liberalen in Halle — Saalkreis (Freisinnige Volkspartei) wurde bei Besprechung der politischen Lage der Wunsch ausgesprochen, tunlich Fühlung mit der nationalliberalen Partei zu halten, die ihren liberalen Charakter jetzt mehr hervorkehre. Jede der liberalen Gruppen möge im einzelnen ihre Eigenart wahren, aber bei großen entscheidenden Fragen möge man gemeinsam schlagen. Der anwesende Abgeordnete des Wahlkreises, Schmidt, wurde gebeten, in diesem Sinne in der Fraktion zu wirken. Abg. Schmidt erklärte sich vollständig mit dieser Anregung einverstanden, er wisse sich dabei auch eins mit seinen politischen Freunden.

* **Breslau,** 10. Februar. Russische Studenten sollten dieser Tage hier von russischen Geheimpolizisten auf offener Straße angehalten und vor revolutionären Gesinnungen gewarnt worden sein. Die „Schles. Ztg." dementiert die Meldung mit dem Bemerken, es gebe überhaupt in Breslau keine „russischen Spitzel."

* **Karlsruhe,** 10. Februar. Die Klerikalisierung des badischen Mittelschulwesens behandelt eine Eingabe, die Professor Boethlingk im Verein mit einer Anzahl Karlsruher Männer an den Landtag gerichtet hat. Die Unterzeichner der Eingabe, welche in allen größeren Städten zur weiteren Unterschriftensammlung aufgelegt werden soll, gehören der liberalen, freisinnigen und demokratischen Partei an und sind meist Professoren der Technischen Hochschule und der Mittelschulen.

* **Aus Bayern.** Eine Rede des Reichstags- und bayerischen Landtagsabgeordneten Dr. Schädler, die dieser kürzlich auf der Generalversammlung des Vereins zur Gründung einer reinkatholischen Universität in Salzburg hielt und die von Beleidigungen und unerhörten Ausfällen gegen die deutschen und österreichischen Hochschullehrer strotzte, hat den bayerischen Kultusminister Dr. v. Wehner in arge Verlegenheit gebracht. Dem allgewaltigen Zentrumsführer Schädler gegenüber hat man jedoch nicht den Mut, einzuschreiten. Der Kultusminister dürfte sich der Hoffnung hingeben, daß bis Ende Mai, wenn der Kultusetat voraussichtlich zur Beratung kommt, Gras über die heikle Geschichte gewachsen sein wird. Er täuscht sich jedoch. Das Salzburger Auftreten des Kammerpräsidenten Dr. v. Orterer und des Bamberger Domdechanten Dr. Schädler wird zu einer Interpellation von der liberalen Kammerfraktion führen, wobei der Kultusminister wohl oder übel Farbe bekennen muß. In Universitätskreisen herrscht hochgradige Erregung über das Vorgehen Schädlers. Die „Münchn. N. N." verlangen, daß den Universitäten derselbe Schutz zu teil werde, wie ihn der Unteroffizierstand, wenn er beleidigt werde, vom Kriegsministerium erhalte. Das Schlimmste an der Sache sei, daß Dr. Schädler der Kammerreferent über den Kultusetat, also auch über die Universitäten, ist. Ein solcher „Referent" sei wohl nur in Bayern möglich!

Der Aufstand in Südwestafrika.

* **Ueber die Ankunft des Dampfers „Darmstadt" in Swakopmund** wird dem „B. L.-A." berichtet:

Swakopmund, 9. Februar. „In den letzten drei Tagen war das Wetter stürmisch, sonst hatten wir bei kühler Witterung brillante Fahrt. Am 3. Februar passierte zum allerersten Male eine deutsche Truppenfahrt den Aequator. An Bord ist alles wohl, auch die Pferde und die in Madeira angekauften Zugochsen für die Kanonen. Die Seereise wurde von allen gut überstanden. Vor Swakopmund wurde um ½1 Uhr nachmittags geankert. Auf der Reede lag nur der „Habicht" und zwei Wörmann-Dampfer. Der Kapitän des „Habicht" Gudewill mit zwei Offizieren erschien gleich darauf an Bord und brachte uns die in Europa bereits bekannten Nachrichten über den Herero-Aufstand. Nachmittags, sowie nachts werden die Truppen ausgeschifft werden. Morgen früh gehen bereits zwei Kompagnien und Geschütze mit der Eisenbahn nach Windhoek ab. Von dort soll der Marsch zu Fuß weiter gehen. Diese Truppen werden nur das notwendigste Gepäck mit sich führen. Andere Abteilungen sollen möglichst schnell nach den bedrohtesten Punkten folgen. Ich beabsichtige, morgen mitzufahren."

* Dr. **Paul Rohrbach,** der Kaiserl. Ansiedelungs-Kommissar für Deutsch-Südwestafrika, welcher erst seit September vorigen Jahres im Auftrage der Regierung im Verein mit Oberst Leutwein in der Kolonie tätig ist, soll gutem Vernehmen nach, sich unter den Vermißten befinden. Seit Anfang Januar fehlen alle Nachrichten über ihn. Seine Angehörigen, besonders seine junge Gattin, die im Begriff stand, ihm mit ihren beiden Kindern nach Deutsch-Südwestafrika zu folgen, sind in schwerer Sorge.

* **Von den verwundeten Offizieren.** In der letzten Meldung über die bei Omaruru verwundeten Offiziere war auch ein Offizier Nathusius genannt und dazu bemerkt worden, es liege wahrscheinlich eine Verwechslung mit dem Oberleutnant Bansius vor. Nun schreibt uns aber Herr v. Nathusius aus Erfurt, es handle sich wahrscheinlich um seinen Bruder, der seit einem Jahre in Deutsch-Südwestafrika lebte und als Reserveoffizier der Posener Jäger zu Pferde den Feldzug wahrscheinlich mitgemacht habe, da sein letztes Telegramm aus Karibib gekommen sei und er eine Farm bei Gobabis besitze.

Ausland.

Niederlande.

* **Vom Schiedsgericht.** Haag, 10. Februar. Der russisch-japanische Krieg wird die schiedsgerichtliche Entscheidung der zwischen Japan und den europäischen Mächten schwebenden Frage über die Zölle, deren Beratung im Mai stattfindet, nicht verzögern.

Orient.

* **Die neue serbische Regierung.** Belgrad, 10. Februar. Das neue Kabinet stellte sich heute der Skupschtina vor. Der Ministerpräsident erklärt in einer Ansprache, Serbien trage als Freund des Friedens auf dem Balkan zur Erhaltung desselben sein Möglichstes bei.

* **Balkanwirren.** Konstantinopel, 10. Februar. (Tel.) Die Pforte scheint durch Schemel Pascha ein energisches Vorgehen gegen die Albanesen einzuleiten, auch von Kumanova ist ein Nizam-Bataillon nach Djakova abgegangen. — Heute wurde in der österreichisch-ungarischen Botschaft die zweite Sitzung der Kommission für die Reorganisation der Gendarmerie unter dem Vorsitze di Giorgis abgehalten. Die Botschaften der Ententemächte waren durch die Militärattachés Oesterreich-Ungarns und Rußlands vertreten. Die Militärattachés der übrigen Botschaften, der russische Oberleutnant Swirsky und der italienische Kapitän Caprini, waren zu den Verhandlungen zugelassen, aber ohne Stimmrecht.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung.

⊙ **Berlin,** 10. Februar. (Telegramm.)

Der neue Reichstag zählt eine Menge Neulinge. Nach und nach drängen sie alle hin zur Tribüne. Heute gleich zuerst wieder drei. Ein Freisinniger von etwas verwunderlichem Standpunkt machte den Anfang, der pfälzer Gutsbesitzer Sartorius. Er lobte die Wirkungen des Weingesetzes, wofür Direktor Köhler sofort dankend quittierte, und forderte einen höheren Traubenzoll. Noch ältere idyllischere Dinge berührte der nationalliberale Landrat Bärwinkel, der einen nachdrücklichen Schutz für die deutsche Bienenwirtschaft und Verfolgung der Honigfälscher verlangte. Der dritte Neue, der Königlich Bayerische Kammerherr und Gutsbesitzer Frhr. v. Pfetten (Zentr.), warf uns plötzlich wieder zurück in eine sehr reale Wirklichkeit: er schloß sich dem Reigen der agrarisch denkenden Redner von gestern und vorgestern an und eröffnete damit die Schweinedebatte von neuem. Der Sozialdemokrat Scheidemann, dem man gewiß nicht verdenken konnte, wenn er so vielseitige Angriffe nicht unerwidert ließ, sprach die ganze Materie nochmals durch, verwahrte sich gegen den Vorwurf der Oberflächlichkeit, den er seinerseits besonders den Herren Drescher und dem Grafen Reventlow zurückgab, und betonte, daß er vor allem gern gutes Schweinefleisch äße, ob es deutsches oder ausländisches sei, und daß es darum unrecht wäre, uns das fremde Schwein so verekeln zu wollen, als ob es eine Sau im wahren Sinne des Wortes wäre. Hülfe kam dem Redner durch den Abg. Gothein, der feststellte, daß Sachverständige von der Marine bei der Prämiierung kein deutsches Erzeugnis hätten finden können, daß dem amerikanischen Corned beef gleichkäme. Zwei Männer der Volkspartei folgten: Hermes sprach über die Malaria, nachdem er zunächst seinen schutzzöllnerischen Parteigenossen Sartorius desavouiert hatte, Leonhard sprach über die Pest, Apotheken, das ärztliche Probejahr und die Feuerbestattung, — er sprach sehr schnell, so konnte er in kurzer Zeit manches erledigen. Der sozialdemokratische Abg. Horn-Sachsen kam heute noch einmal auf sein Spezialthema, die Lage der Glashüttenarbeiter, zurück. Staatssekretär Graf Posadowsky vermochte in der Beantwortung verschiedener Bemerkungen der Vorredner über alle möglichen Gegenstände Auskunft zu geben, über die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, die Tätigkeit der biologischen Abteilung in der Honigfrage und in der Frage der Hanfkrankheit der Bienen, ferner über das Fleischbeschaugesetz und über das Problem der fakultativen Feuerbestattung. Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Lucas, Frhr. v. Heyl zu Herrnsheim, Schweickhardt, Wolff, Hué und Gamp wurde die Diskussion über Kapitel 12 (Reichsgesundheitsamt) geschlossen. Es folgten persönliche Bemerkungen, die zu einem nicht uninteressanten Renkontre zwischen den Abgg. Graf Reventlow und Scheidemann führten. Als der erstere erklärte, er würde die Aeußerungen Scheidemanns außerhalb des Hauses als unehrliche Handlungsweise bezeichnen, zog er sich einen Ordnungsruf des Präsidenten zu. Auf die etwas schwache Erwiderung Scheidemanns, daß er außerhalb des Hauses verzichten würde, mit Reventlow zu diskutieren, antwortete dieser sehr geschickt mit der Bemerkung, er wolle sich keinen zweiten Ordnungsruf zuziehen. Darauf vertagte sich das Haus, um morgen die erste und zweite Beratung der Reichsschuldenordnung vorzunehmen, sowie die Etatsberatung fortzusetzen.

⊙ **Berlin,** 10. Februar. (Telegramm.)

Am Bundesratstische: Staatssekretär Graf v. Posadowsky.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Frohme (Soz.), daß die von ihm an dem Stenogramm seiner Rede über die Entschädigung unschuldig Verhafteter vorgenommene Korrektur sich nur auf die Verbesserung eines etwas ungenauen Ausdrucks beschränkte.

In der Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beim Ausgabekapitel Reichsgesundheitsamt führt

Abg. **Sartorius** (freis. Vp.) aus, das neue Weingesetz habe sich im großen und ganzen bewährt, es komme nur auf die richtige Handhabung an. Dazu sei vor allem eine einheitliche, gleichmäßige Anwendung in allen Bundesstaaten notwendig. In dieser Beziehung sei noch nicht alles erreicht. Die Erfahrungen des verflossenen Jahres hätten gewisse Mißstände in der Kontrolle ergeben, welche schon heute beseitigt werden könnten, wenn das notwendige, geschulte Personal vorhanden wäre. Brennweine und Kunstweine für Brennzwecke sollten nach dem Gesetz nur von Brennereien erzeugt werden. Dennoch seien Nichtbrenner, welche solche Weine herstellen, freigesprochen worden. Diese Umgehung des Gesetzes dürfe nicht geduldet werden. Auch die Kontrolle durch Steuerbeamten stehe nicht zum besten, da die Kontrolle erst einsetze, wenn der Wein gebrannt werde, während auf dem Wege dahin Unterschleife vorkämen. Redner verkennt die große Schwierigkeit dieser Kontrolle nicht. Der bayerischen Regierung sei jedoch eine gute Organisation dieser Kontrolle gelungen, indem sie den Kontrollbeamten einen kaufmännisch und fachmännisch gebildeten Beirat gab. Auch bei der Fabrikation des sogenannten extraktreichen Weines müsse eine strenge Kontrolle geübt werden. Die sogenannte Verschnittklausel sei unkontrollierbar und sollte ganz wegfallen. Weder der Weinhandel, noch der Weinbauer würde darunter leiden. In ungünstigen Weinjahren würden die Verschnitte überall gemacht. Wo wäre Frankreich ohne dieselben mit seinem Weinbau geblieben?! Sollte der deutsche Weinhändler solchen Verschnitt auf der Etikette angeben, so wäre der Wein unverkäuflich; hierdurch würde der deutsche Konkurrent auf dem Weltmarkte brachgelegt. Weitere Klagen anzuführen, unterläßt Redner mit Rücksicht auf die Geschäftslage, da ja jeder zu Ostern als frisch gelegtes Osterei den Etat mit nach Hause bringen solle.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes **Koehler** dankt dem Vorredner für die Anerkennung der Wohltaten, die das Weingesetz den Winzern und dem Weinhandel gebracht habe. Alljährlich fänden Konferenzen von hervorragenden Kennern auf diesem Gebiete statt, die darauf hinzielten, das Wesen des Weines mehr zu studieren, um eine bessere Untersuchung und Bewertung des fertigen Produktes zu erreichen. Der Schwerpunkt des Weingesetzes liege auf dem Gebiete der Inlandsfabrikation. Die Kunstweinfabrikation sei erfreulicherweise erheblich zurückgegangen. Gegen Fälschungen werde scharf vorgegangen. Die deutschen Weine erfreuten sich unter dem neuen Weingesetz einer sehr sorgsamen Ueberwachung.

Abg. **Bärwinkel** (natl.) tritt für einen nachdrücklicheren Schutz der deutschen Bienenwirtschaft ein und für wirksamere Maßnahmen gegen die Fälschung des Honigs. Die Hebung der Bienenzucht fördere die Landwirtschaft.

Abg. Frhr. **v. Pfetten** (Zentr.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Scheidemann über das Fleischbeschaugesetz und die obligatorische Beschau der Hausschlachtung. Der einzige Nutzen des Gesetzes sei, daß jetzt das ausländische Fleisch nicht besser gestellt sei, als das inländische. Eine Sache, die für Bayern von großer Wichtigkeit sei, sei die Belastung der zum großen Teil sehr wenig leistungsfähigen Gemeinden. Es müsse Wandel geschaffen werden insofern, als die Gebühren von den Landesregierungen übernommen würden. Daß die deutsche Landwirtschaft den inländischen Bedarf an Fleisch nicht decken könne, sei unrichtig. Redner bittet zum Schluß um Auskunft, wie es mit der Ausführung der Münch-Ferberschen Resolution über den Verkehr mit Essigessenz stehe. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Scheidemann** (Soz.): Alle Erwiderungen von gegnerischer Seite auf die neulichen Ausführungen des Redners hätten die Richtigkeit derselben bestätigt, daß nämlich eine zuerst rein hygienische Vorlage (Fleischbeschaugesetz) von den Agrariern dazu benutzt sei, sich die ausländische Konkurrenz vom Halse zu halten. „Kein Engel sei so rein, wie ein ausländisches Schwein" solle das A und Ω seiner Rede gewesen sein. Die Sache liege aber umgekehrt. Redner habe nachgewiesen, daß die Gegner aus Schwärmerei für das nationale Schwein bemüht seien, den Sozialdemokraten das ausländische Schwein als wirkliche Sau zu verekeln. (Heiterkeit.) Redner bleibt bei seinen neulichen Behauptungen, wehrt sich gegen die Unterstellungen, die die gegnerische Presse an dieselben geknüpft hat und polemisiert besonders gegen den Abg. Drescher, der sich vielfach Ungenauigkeiten habe zu Schulden kommen lassen, sodann in ähnlichem Sinne gegen den Abg. Graf Reventlow. Der Umstand, daß im mecklenburgischen Wappen ein Ochsenkopf sei, sei für Drescher noch lange kein Grund, sich hier als Autorität auszugeben. Die Sozialdemokraten seien bereit, alle Maßnahmen zu unterstützen, die darauf hinauslaufen, gutes Fleisch zu schaffen, aber gegen ein Gesetz, welches dem Großgrundbesitz den Beutel füllte und das Volk schröpfe.

Abg. **Gothein** (freis. Vg.) erklärt, seine Freunde waren stets bereit, und würden auch ferner bereit sein, im Interesse der heimischen Viehzucht die Grenzen gegen die Einfuhr ausländischen Viehs zu sperren, wenn dasselbe verseucht sei. Man dürfe aber die Vieheinfuhr nicht für immer kontingentieren ohne Rücksicht darauf, ob im Auslande Viehseuchen herrschten oder nicht. Das verbiete schon das Interesse der Konsumenten. Sei denn das amerikanische Büchsenfleisch (Corned beef) wirklich so gefährlich für die Gesundheit? Die Marineverwaltung brauche Corned beef von der Güte des amerikanischen. Dies müsse also doch sehr gut sein. Wolle man den kleinen Landwirten helfen, so verbilligt man ihnen die Produktion dadurch, daß man die Futtermittel nicht verzolle.

Abg. **Hermes** (freis. Vp.) erklärt namens seiner Partei, daß Abgeordneter Sartorius bezüglich des Weingesetzes nicht überall die Anschauungen seiner Partei, sondern nur persönliche Anschauungen vertreten habe. Es sei erwünscht, daß die Gelehrten der einzelnen Länder ihre Erfahrungen über die Malariaforschung und Dysenterie austauschen.

Abg. **Leonhardt** (freis. Vp.) wendet sich gegen die Verstaatlichung der Apotheken. Unsere Männer sollen freie Männer bleiben. Der enormen Preissteigerung der Apotheken müsse auf andere Weise entgegengetreten werden. Das praktische Jahr für Mediziner nach dem Staatsexamen begrüße er mit Freuden, wünsche aber, daß die betreffenden Vorschriften auf diejenigen Kandidaten keine Anwendung finden, welche ihr medizinisches Studium vor dem 28. Juni 1901 begonnen und die ärztliche Prüfung vor dem 1. April 1906 vollständig bestanden hätten. Den jüngeren Aerzten solle Gelegenheit gegeben werden, praktische Studien bei einem praktischen Arzte zu machen. Das wäre besser, als das Studium in den vorgeschlagenen Akademien. Im Zusammenhang mit dem Vorkommen von Pestfällen durch eingeschleppte Ratten kommt Redner auf die Vorzüge der Feuerbestattung. Leider könnten sich Unbemittelte nur begraben lassen. (Heiterkeit.) Im deutschen Vaterlande sollte jeder nach seiner Façon bestattet werden. (Zustimmung links.)

Abg. **Horn**-Sachsen (Soz.) tritt den neulichen Ausführungen des Grafen Kanitz bezüglich der sozialdemokratischen Gesetzgebung entgegen. Wenn die Gesetzgebung wirklich auf den Geldbeutel der Unternehmer keine Rücksicht nehme, so müßte es mit dem Schutze der Arbeiter viel besser stehen, als es tatsächlich der Fall sei.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky:** Die Tätigkeit der preußischen Regierung in der Frage der Seuchenverhütung habe sich durchaus bewährt. Ende 1903 gab es in der ganzen preußischen Monarchie nur einen einzigen Fall von Maul- und Klauenseuche. Solle das Vieh vor der verheerenden Seuche bewahrt werden, so müsse eingegriffen werden und jeder müsse sich der Polizeiverordnung fügen. Der Honigfrage werde die biologische Abteilung des Reichsgesundheitsamtes fortgesetzt die ernsteste Prüfung angedeihen lassen. Auch die Frage der Essigsäure habe die Regierung keineswegs vernachlässigt. Der Minister glaubt, daß man in nächster Zeit zu Maßregeln gelangen werde, um eine Verwechselung von Essigsäure und anderen Flüssigkeiten soweit wie möglich zu verhindern. Daß das Fleischbeschaugesetz auf die Menge der Einfuhr fremden Fleisches Einfluß geübt habe, könne man nach der kurzen Geltungsdauer des Gesetzes nicht behaupten. Aus den vorgekommenen Fällen von Pesteinschleppung die Berechtigung herzuleiten, nun die Feuerbestattung fakultativ überall zuzulassen, würde nach Ansicht des Ministers auf großen Widerstand bei der Bevölkerung stoßen.

Abg. **Lucas** (natl.) wendet sich gegen den Schauzwang bei der Hausschlachtung in der Provinz Hessen-Nassau, wodurch die Bevölkerung schwer belästigt und belastet würde; sei der Schauzwang notwendig, so solle man ihn doch allgemein einführen.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky** erwidert: Den Landesregierungen sei durch das Schaugesetz nicht ein Recht gegeben, sondern nur die Befugnis, die sie bisher schon hatten, belassen worden. Im Regierungsbezirk Wiesbaden bestehe der Schauzwang seit 1899. Das Reichsgesetz sei nicht die Ursache der Einführung des Beschauzwanges. Die vom Abgeordneten Horn-Sachsen erwähnte Beschäftigung von Kindern in Glasfabriken könne sich wohl nur auf die Tätigkeit beim Einpacken der Waren beziehen. Die jugendlichen Arbeiter ständen dort unter besonderen Schutzbestimmungen.

Abg. Freiherr **v. Heyl zu Herrnsheim** (natl.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann hinsichtlich der Verunreinigung der Flußläufe durch die Abwässer der Industrie, bleibt aber im einzelnen unverständlich, da er der Journalistentribüne den Rücken zuwendet. (Die von sozialdemokratischer Seite laut werdenden Zurufe geben dem Präsidenten Grafen **Ballestrem** Veranlassung, um Unterlassung derselben zu ersuchen, und bei Wiederholung derselben zu einer Rüge an den Abgeordneten Singer.) Redner plaidiert im Interesse der Reinhaltung des Rheines für eine gründliche Kontrolle der Reinigung der Fäkalien in den größeren Städten.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky** führt aus: Das Reichsgesundheitsamt habe über die Verhältnisse in Mannheim ein Gutachten abgegeben. Die Abwässer von Mannheim in den Rhein hätten zu Bedenken keinen Anlaß gegeben.

Abg. **Schweickhardt** (d. Vp.) betont die Notwendigkeit einer Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Essigsäure und Essigessenz.

Abg. **Wolff** (W. d. L.) führt aus, die Ausführung des Fleischbeschaugesetzes durch die unteren Organe lasse zu wünschen übrig. Bei der Hausschlachtung handle es sich